

Strukturreform beschlossen, berufspolitische Akzente gesetzt



Die Delegierten votierten für die Strukturreform des DBfK und für eine Reihe aktueller berufspolitischer Themen. (Fotos: Ines Grabner)

Es ging um nicht weniger als die künftige Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit des DBfK bei der 56. Delegiertenversammlung am 12. und 13. Juni in Berlin. Die Delegierten brachten mit deutlicher Mehrheit die Strukturreform auf den Weg. Sie wird ab 2028 wirksam und stärkt die berufspolitische Schlagkraft des Verbandes, macht ihn agiler und bindet die fachliche Expertise der Mitglieder breiter ein.

Insbesondere am ersten Sitzungstag prägte die Strukturreform „Unser DBfK 2030“ die Beratungen der 56 anwesenden Delegierten. Neben den Berichten zur inhaltlichen Arbeit, den Finanzen und der Haushaltsplanung stand sie im Mittelpunkt der Diskussionen. Seit 2023 wurde das Projekt vom Vorstand vorgebracht, nun lagen den Delegierten Beschlussvorlagen vor, die umfassende Satzungsänderungen nach sich ziehen. Der Reformprozess des DBfK verfolgt das Ziel, den Verband zukunftsfähig aufzustellen und seine berufspolitische Wirksamkeit langfristig zu sichern. Im Mittelpunkt stehen dabei der Erhalt des berufspolitischen Gewichts, ein klares Profil, eine hohe Bekanntheit sowie die Steigerung der Attraktivität für die Mitglieder. Gleichzeitig sollen die wirtschaftliche Stabilität gesichert, Leistungsangebote gebündelt, Doppelstrukturen vermieden und die Leistungsfähigkeit des Bundesverbands gestärkt werden.



Die Revisor:innen Tanja Dieckmann und Dominik Bruch stellten ihren Bericht vor.



Prof. Dr. Christine von Reibnitz berichtete von den Aktivitäten der Johanniter Schwesternschaft als korporatives Mitglied im DBfK .

DBfK-Präsidentin Vera Lux erläuterte die zentralen Leitplanken der Reform. Ein wesentlicher Ansatz ist die klare Trennung zwischen fachlicher Arbeit und Delegiertenmandat. Die wertvolle fachliche Expertise der Mitglieder soll künftig über Fachnetzwerke und Expert:innenräte eingebunden werden. Damit wird die bisherige Struktur der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) weiterentwickelt. Lux betonte, dass die BAG über viele Jahre eine wichtige Grundlage für die fachliche Arbeit im Verband geschaffen haben. Gleichzeitig zeigten sich Herausforderungen durch eine teilweise geringe Beteiligung, begrenzte Flexibilität sowie die Vermischung von Rollen und Verantwortlichkeiten zwischen Gremien und fachlicher Arbeit. Dies erschwere insbesondere die Einbindung neuer Themen und die Beteiligung weiterer Mitglieder bei kurzfristigen fachpolitischen Bedarfen.

Agiles Arbeiten nach Themenbedarf

Die geplante neue Struktur soll daher agileres Arbeiten ermöglichen und die fachliche Expertise breiter und flexibler in die Verbandsarbeit einbinden. Die Fachnetzwerke dienen als offene Plattformen für Vernetzung, fachlichen Austausch und selbstorganisierte Mitarbeit. Die Teilnahme erfolgt freiwillig, erfordert jedoch ein gewisses Maß an Verbindlichkeit. Ergänzend dazu sollen Expert:innenräte eingerichtet werden. Diese werden vom Bundesvorstand für konkrete fachliche Fragestellungen berufen. Sie arbeiten zeitlich befristet und können nach Abschluss ihres jeweiligen Auftrags wieder aufgelöst werden. Dadurch soll die fachliche Beratung des Bundesvorstands bedarfsorientierter und flexibler gestaltet werden.



DBfK-Präsidentin Vera Lux erläuterte die Strukturreform.

Diese Reformen waren in der angepassten Satzung festgehalten, die zur Abstimmung stand. Die Delegierten entschieden mit deutlicher Mehrheit für die Änderungen in der Satzung des Bundesverbands sowie der Rahmensatzung. Sie befürworteten ebenso eine Änderungsvollmacht für den Bundesvorstand, für den Fall,

Außerdem sieht die Reform eine Verschlinkung der Verbandsstrukturen vor. Künftig soll der Bundesvorstand aus sieben Personen bestehen. Die Delegiertenversammlung soll auf 22 Delegierte reduziert werden, sie soll 2028 erstmals in der neuen Form zusammenkommen. Die Delegierten vertreten die Interessen des Gesamtverbands, entscheiden über berufspolitische Zielsetzungen und tragen Verantwortung für die strategische Weiterentwicklung des DBfK im Sinne aller Mitglieder.

dass Anpassungen für juristisch sichere Formulierungen nötig sind. Die Satzungsänderung muss nun beim Registergericht eingetragen werden, die Reformen sollen ab 2028 wirksam werden. Zum Übergangsprozess und allen weiteren konkreten Schritten werden wir an dieser Stelle und über unsere weiteren DBfK-Kanäle in den kommenden Monaten umfassend informieren.

Berufspolitische Beschlüsse

Darüber hinaus befassten sich die Delegierten mit einer Reihe aktueller berufspolitischer Themen und Zukunftsfragen der Pflege. Sie verabschiedeten die Resolution „Pflege ist kein Sparschwein, die nach der Delegiertenversammlung als klares Signal gegen Sparmaßnahmen zugunsten der pflegerischen Versorgung veröffentlicht werden soll.

Zum Stand der Übernahme heilkundlicher Tätigkeiten informierten sich die Delegierten über die laufenden Entwicklungen. Vertreter des DBfK wirken derzeit im Rahmen der Erarbeitung des „Scope of Practice“ beim Deutschen Pflegerat mit und bringen dort die pflegfachliche Perspektive ein.

Diskutiert wurden zudem die Ergebnisse des Public Health Index 2025. Die Delegierten sahen die Notwendigkeit, die Rolle der Pflege für die Gesundheit der Bevölkerung stärker sichtbar zu machen. Hierzu soll ein Positionspapier entwickelt werden, das insbesondere die Bedeutung spezialisierter Rollen wie Community Health Nurses und School Nurses hervorhebt.



DBfK-Bundesgeschäftsführung und -Bundesvorstand führten ...



... durch die beiden Sitzungstage der 56. Delegiertenversammlung.

Ebenfalls beraten wurde die Entwicklung eines Positionspapiers zur Etablierung von Chief Government Nurses auf Landes- und Bundesebene. Die Einführung dieser Funktion gehört bereits zu den bestehenden Forderungen des DBfK. Das Papier soll die fachlichen Anforderungen und politischen Ziele präzisieren.

Ein weiterer Antrag befasste sich mit dem Umgang mit Frauen und weiblich gelesenen Personen, die Gewalt erfahren haben. Die Delegierten unterstützten die Erarbeitung einer Handreichung, die Pflegefachpersonen bei der sensiblen Ansprache und Begleitung Betroffener unterstützen soll. Gleichzeitig soll die besondere Rolle der Pflege im Kontext von Gewalterfahrungen deutlicher herausgestellt werden.

Darüber hinaus befürworteten die Delegierten, dass sich der DBfK künftig regelmäßig zum Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen positioniert. Ziel ist es, die Rolle der Pflegefachpersonen als wichtige Ansprechpersonen für Betroffene sichtbar zu machen und das Thema dauerhaft auf die berufspolitische Agenda zu setzen.

Die Delegiertenversammlung beschloss außerdem, dass der Begriff „Schüler:innen“ im Rahmen der nächsten Satzungsänderung gestrichen werden soll. Die Lenkungsgruppe Junge Pflege hatte den Antrag eingebracht, da der Begriff die heutige Ausbildungs- und Studienrealität in der Pflege nicht mehr angemessen widerspiegelt.

Weitere Anträge und Anfragen befassten sich mit der Nutzung der Informationsangebote des DBfK sowie der Informationsbereitstellung für Delegierte. Hierzu wurden unter anderem aktuelle Nutzungszahlen der Verbandswebsite vorgestellt und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Informationsmanagements für die Delegierten diskutiert.

Die Delegierten haben damit wichtige Weichen für die Zukunft des Verbandes gestellt. Aufgrund des Übergangsprozesses bei der Strukturreform wird die nächste Delegiertenversammlung im September 2027 stattfinden.

Dieses PDF wird automatisch auf Basis der aktuellen Daten erstellt, dadurch können Seitenumbrüche möglicherweise nicht optimal erfolgen.
